

»Die Zukunft Europas aus der Kultur gewinnen«

Ronald Grätz

Wir müssen konstatieren, dass sich Europa in einem schlechten Zustand befindet. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, wie wenig belastungsfähig Europa ist, d. h. wie sehr uns eine gemeinsame Idee von Europa abhanden gekommen ist und wir die Union nur mehr als Wirtschaftsraum und als Regelwerk und Regelungsinstanz verstehen.

Uns ist im Grunde der innereuropäische Dialog abhanden gekommen. Das liegt an einem Mangel an kulturellem Verständnis von Europa und daran, dass wir ein Europa der Staaten, aber kein Europa der Kulturen und deshalb auch kein Europa der Bürger und Zivilgesellschaften haben.

2007 nahm die EU die »Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung« an und anerkennt damit die zentrale Rolle der Kultur im europäischen Integrationsprozess. Die Förderung der kulturellen Vielfalt und des interkulturellen Dialogs, der Kultur als Katalysator der Kreativität und als Bestandteil der internationalen Beziehungen der Europäischen Union waren die drei Ziele, die zusammen den Entwurf einer Kulturstrategie der europäischen Mitgliedstaaten, der Institutionen und des kulturellen und kreativen Sektors bildeten. Es wurde hierin auch Bezug genommen auf die UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt, d. h. die Förderung der Mobilität von Künstlern und Beschäftigten im Kulturbereich, die Verbreitung künstlerischer Ausdrucksformen über nationale Grenzen hinweg und die Förderung des grenzüberschreitenden Verkehrs von Kunstwerken. Es ging um die Förderung interkultureller Kompetenz und des interkulturellen Dialogs als Schlüsselemente im Umgang mit den Kulturen innerhalb einer Gesellschaft und der Gemeinschaft. Es wurde weiter darauf hingewiesen, dass die so genannten *Creative Industries* ein Wirtschaftsfaktor sind und der Aufbau von Partnerschaften zwischen dem Kulturbereich und anderen Bereichen wie der Forschung oder der Informations- und Kom-

munikationstechnologie erstrebenswert sind. Schließlich forderte die EU-Kommission die systematische Integration der kulturellen Dimension und ihrer Komponenten in alle Maßnahmen, Projekte und Programme der Außenbeziehungen zwischen der Europäischen Union und anderen Ländern und Regionen. Mit dieser Kulturagenda war die EU vom Kulturförderer zum wichtigsten Akteur europäischer Kulturpolitik geworden.

Kreatives Europa

Am 23.11.2011 hat die Europäische Kommission den Vorschlag zur Einrichtung des neuen EU-Förderprogramms »Kreatives Europa« für 2014 bis 2020 vorgelegt. Darin werden die bisherigen Programme Kultur, MEDIA und MEDIA Mundus zusammenge-

Sie kann so wenig neu bestimmt werden wie Sprache – sie ist immer schon da. Man kann Kultur nicht einsetzen wie ein Instrument oder einen Mechanismus. Sie ist das »Wie« der Gemeinschaft, nicht das »Was«.

fasst. Das vorgesehene Finanzierungsinstrument will vor allem kleinen und mittleren Unternehmen der Kultur- und Kreativbranche den Zugang zu Kapital erleichtern. Nicht zuletzt ist ein Ziel die Vereinfachung von Verwal-

tungs- und Finanzierungsverfahren.

Der Vorschlag ist von vielen Seiten, u. a. vom Deutschen Kulturrat und der Kulturpolitischen Gesellschaft, deutlich kritisiert worden, da die Ausrichtung des neuen Programms völlig mit der Idee des Vorgängerprogramms bricht. Die Förderung von Unternehmen und Kleinbetrieben auf dem Sektor von Kultur und Kreativität erhält nun ein erheblich größeres Gewicht – auf Kosten solcher Konzepte, die europäische Kultur als identitätsstiftendes Integrationsinstrument fördern wollen. War im bisherigen Programm von Kulturförderung die Rede, ist nun der Begriff der Kreativität in den Vordergrund gerückt. Es geht jetzt weniger um die Förderung von Kunst und Künstlern, als vielmehr um die Förderung von Kreativität, was im Grunde die Förderung der Kreativbranche meint.

Nach der neuen Verordnung soll die Wettbewerbsfähigkeit der Kulturwirtschaft gefördert werden, wobei unklar bleibt, um welchen Wettbewerb von wem

Ronald Grätz ist Generalsekretär des Instituts für Auslandsbeziehungen e.V. und Herausgeber der Zeitschrift »Kulturaustausch«



mit wem es geht. Offen bleibt auch, wie der Fokus auf Klein- und Mittelbetriebe im Kontext der angeführten »Digitalisierung und Globalisierung« im Sinne der Verordnung Erfolg versprechend sein kann.

Aber: Künstler, Kulturschaffende, Kulturmittler und die Zivilgesellschaft, die sich um künstlerische Ausdrucksformen bemühen, leben nicht in einem Wolkenkuckucksheim, einem Elfenbeinturm, auf einer Wolke der Seligkeit oder lesen sich gegenseitig Thomas Mann vor. Doch bei allem Verständnis für wirtschaftliche Belange, für politische Interessen und für Wettbewerbsanforderungen im Kontext der Globalisierung muss eine so offensichtliche Inanspruchnahme der Kultur für die Wachstumsstrategie 2020 der EU sehr kritisch gesehen werden.

Die Europäische Union ist eine Wertegemeinschaft. So ist sie gegründet worden. Sie ist mehr als ein Wirtschaftsraum und die Kultur kein Instrument, das mit dem Argument wirtschaftlicher Zwänge und des ökonomischen Wettbewerbsgedankens in ihrer Wirkung derart missverstanden werden darf. Kultur ist der Modus unseres Zusammenlebens, sozusagen der Kammerton a, auf dem alle Musik fußt. Sie kann so wenig neu bestimmt werden wie Sprache – sie ist immer schon da. Man kann Kultur nicht einsetzen wie ein Instrument oder einen Mechanismus. Sie ist das »Wie« der Gemeinschaft, nicht das »Was«.

Die Zielsetzungen der Europäischen Kulturagenda von 2007 haben die kulturelle Dimension Europas betont, ja in den Vordergrund gestellt. Sie entstanden auch aus dem Bewusstsein, dass die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Kulturraums noch lange nicht vollzogen ist und die kulturelle Zusammenarbeit noch lange nicht so selbstverständlich und entwickelt ist, dass wir von einem kulturellen Europa sprechen können. Das lag und liegt nicht zuletzt daran, dass die EU zunächst als Verwaltung entworfen wurde und immer noch fast nur aus dieser Perspektive sich selbst und die Welt wahrnehmen kann. Das politische Verständnis von Kultur muss erst noch gebildet werden.

Das bisherige Ziel der europäischen Integration und die Schaffung einer gemeinsamen Identität durch Kultur und kulturelle Kooperation, d. h. der bisherige Kernbereich der öffentlichen Kulturförderung, verliert entscheidend an Bedeutung. Die europäische Integration und Identitätsstiftung mutiert zur wirtschaftlichen Wettbewerbsförderung. Der Gedanke einer europäischen, d. h. einer kulturellen Bürgerschaft, wird begraben.

Es ist nicht erkennbar, dass mit dem Konzept »Kreatives Europa« der Doppelcharakter von kulturellen Gütern als immaterielle und als ökonomische Werte anerkannt und berücksichtigt wird. Im Grunde widerspricht das Konzept der von der EU für alle Staaten der EU unterzeichneten UNESCO-Konvention zum Schutz kultureller Vielfalt.

Es ist zu vermuten, dass nach jahrelangen Schwierigkeiten in der Formulierung einer europäischen Kulturpolitik, was der Instrumentalisierung des Subsidiaritätsprinzips für rein nationale Interessen zuzuschreiben ist, nun ein Hebel gesucht wird, mit dem man seitens der Europäischen Union im Kulturbereich etwas für alle Verbindliches bewerkstelligen kann.

Das wäre aber der falsche Weg, denn vielmehr müsste die Anstrengung dahin gehen, eine genauere Definition der europäischen Kultur in Kooperation, Abgrenzung und Übereinstimmung mit den nationalen Kulturen zu finden.

Es ist nicht erkennbar, dass mit dem Konzept »Kreatives Europa« der Doppelcharakter von kulturellen Gütern als immaterielle und als ökonomische Werte anerkannt und berücksichtigt wird.

Überlegungen zu einer künftigen europäischen Kulturpolitik

Für eine künftige europäische Kulturpolitik eröffnen sich zwei Wege:

- eine Kulturpolitik der Europäischen Union in Fortsetzung des Programms 2007 bis 2013 – inkl. den Hemmnissen des Subsidiaritätsprinzips, oder
- die Suche nach mehr Synergien in Form von gemeinsamen europäischen Programmen und Strukturen, d. h. die Förderung der Zivilgesellschaft, die mit ihren Aktivitäten eine gelingende europäische kulturelle Praxis der EU-Kulturplanung entgegensetzen kann. Das Netzwerk der europäischen Kulturinstitute *European National Institutes for Culture* (EUNIC) wäre hierzu der kongeniale Partner.

Es ist verschiedentlich das Ziel formuliert worden, der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) solle ermutigt werden, einen Kulturbereich, einen Kulturbereich aufzutragen oder ein Kulturbüro einzurichten. Bisher sei die Behörde mit ihren vielen tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern praktisch »kulturfrei«.

Bei verschiedenen EUNIC-Generalsekretärstreffen ist das Ziel postuliert worden, von der EU ein Mandat zu erhalten, europäische Innen- und Außenkulturpolitik zu gestalten, zu vertreten und umzusetzen.

Das Institut für Auslandsbeziehungen

Das *Institut für Auslandsbeziehungen* (ifa) gehört, wie das *Goethe-Institut*, zu den unabhängigen Mittlerorganisationen in Deutschland, die mit der finanziellen Unterstützung des Auswärtigen Amtes aktuelle Fragestellungen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik aufgreifen, dokumentieren und mit Publikationen und Veranstaltungen öffentlich zur Debatte stellen. Ziel ist es, mit seinen Programmen und Kooperationsprojekten konkrete Ansätze für die außenkulturellpolitische Praxis zu erarbeiten. Es gibt die Quartalszeitschrift »Kulturaustausch« heraus. www.ifa.de (Red.)

Beide Modelle EAD und EUNIC – und hierin sehe ich das grundsätzliche Problem – würden im Prinzip das Konzept der *Cultural Diplomacy* verfolgen. Das mag jedem Staat zur Ehre gereichen, denn in dessen Interesse wird sie eingesetzt, aber es bleibt »Diplomacy«, d.h. Politik – mit kulturellen Mitteln. Das Paradigma nationaler Interessen bleibt bestehen, ein Funktionszusammenhang wäre die Blaupause.

Konsequenz

Wir müssen die europäische Kulturpolitik unabhängig von der EU betrachten. Ein Mandat für EUNIC kann es auch deshalb nicht geben, da EUNIC nicht mit einer Stimme spricht und in sich sehr heterogen ist. EUNIC ist ein Netzwerk und eine Plattform, kein Verband und keine Lobbyvertretung.

Aber genau mit dieser Perspektive, dass EUNIC als Netzwerk und Plattform sozusagen neutral die Freiheit und die Offenheit radikaler Reflexion von Kunst und Kultur bieten kann, dass EUNIC Wagnisse eingehen kann, interdisziplinär und multiperspektivisch denkt, große Glaubwürdigkeit genießt, Nachhaltigkeit sichern kann und Kreativität fördert, kann EUNIC ein gesamteuropäischer Lernort sein und als solcher auch eine außereuropäische Perspektive einnehmen.

Eine europäische Kulturpolitik ist nicht die Summe von 27 Einzelinteressen von Staaten oder von

noch zahlreicheren Kulturen, und auch nicht eine von wem auch immer auf einem winzig kleinen gemeinsamen Nenner definierte Vision, die alles und nichts sagt. Eine europäische Kulturpolitik muss in Ergänzung und im produktiven Spannungsverhältnis zu den Nationalstaaten und zur Europäischen Union gesehen und praktiziert werden.

Es geht um einen dritten Weg neben dem Nationalen und dem Europäischen, um den in der Kunst formulierten *Third Space*, dem Unterwegssein als Ziel. Nationale Identitäten behalten so ihre Stärke, die Vielfalt der Gemeinschaft wird gewürdigt, aber wirkliche Pluralität wird im Individuellen, im Prozesshaften, im Ergebnisoffenen gelebt und erreicht.

Marietje Schaake hat in ihrem Bericht für das Europäische Parlament zu den kulturellen Dimensionen der außenpolitischen Aktivitäten der EU darauf hingewiesen, dass der EU das Verständnis dafür fehle, eine Strategie (keine Rolle!) der Kultur festzulegen und Instrumente zu definieren, die eine europäische Kulturpolitik unterstützen können oder aber zumindest die Bedingungen dafür schaffen, dass eine europäische Kulturpolitik möglich wird – auch im Hinblick auf EUNIC, das dem Europäischen Auswärtigen Dienst, wie sie sagt, »zur Seite stehen« sollte. Der EAD braucht diesen kulturellen Bezugsrahmen, auch wenn er selbst nicht kulturpolitisch aktiv werden sollte, und muss den Kulturgedanken als Basis der Außenbeziehungen der EU vermitteln.

Es gibt aber auch ein Votum dafür, die *Cultural Diplomacy*, die traditionell bilateral angelegt ist, um einen multilateralen Ansatz zu erweitern und ihr eine Rolle in der Strategieplanung einzuräumen, zur Vertrauensbildung auf der Basis von Gegenseitigkeit. Diese kulturdiplomatische Strategie sollte ein integraler Bestandteil der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU sein. Der EAD müsse einen größeren Aktionsradius für kulturelles Handeln erhalten. Es seien hierfür konzeptionelle Kohärenz und klare Grundsätze nötig. Schwierig sei das Unterfangen dadurch, dass es viele Bereiche der EU gebe, die sich nicht mit Kultur beschäftigen und in eine solche umfassende Strategie eingebunden werden müssten. Kulturelles Handeln sei ein Bestandteil der Außenpolitik und verdiene in Verbindung mit Sicherheitsfragen größte Aufmerksamkeit – so Robert Palmer, Director of *Democratic Governance, Culture and Diversity* beim Europarat in Straßburg und exponierter Berater für Kulturfragen.

Zwischen diesen Polen wird sich eine künftige europäische Innen- und Außenkulturpolitik finden müssen. Hierzu bedarf es der Einbindung von Politik, EU-Administration und vor allen Dingen der zivilgesellschaftlichen kulturellen Akteure. Es geht um sehr viel, es geht um ein neues Europa, das sich seiner Wurzeln und seiner Ideale erinnert – und damit um die Gewinnung einer europäischen Zukunft aus der Kultur.

**EU-
STRUKTUR-
FÖRDERPROGRAMME
FÜR
KULTUR /
KREATIVWIRTSCHAFT
OPTIMIEREN**

!



inforelais
 MASSGESCHNEIDERTE BERATUNGSLEISTUNGEN
 MAG. SYLVIA AMANN

T: +43 676 602 74 68
 M: office@inforelais.org <http://www.inforelais.org>